

Bündnis 90/ Die Grünen
Roswitha Arnold

Berichterstattung über Akteneinsicht

- Kombibad Wiembachtal
- Finanzierung
- Schriftverkehr mit der Bezirksregierung

Die Unterzeichnerin hat am 11.01.2010 in der Verwaltung des SPL und nachfolgend am 18.01.2010 im Fachbereich Finanzen Akteneinsicht zu o.a. Thema genommen.

Auf Wunsch der Berichterstatterin lagen zum Termin die Unterlagen vor, die sich mit der Finanzierung sowie dem Schriftverkehr mit der Bezirksregierung befassen.

Die Unterlagen waren vollständig.

I. Ausgangslage

Hintergrund für die Akteneinsicht war das Schreiben der Bezirksregierung vom 2.10.2008, das im Hinblick auf den beabsichtigten Baubeschluss zu zwei Punkten Bemerkungen formulierte:

1. Die Bezirksregierung äußert Sorge, dass die Stadt eine angemessene Prioritäten-
setzung aus den Augen verliert. Eine Genehmigung des beabsichtigten Schwimm-
badbaues sei nicht genehmigungspflichtig, dennoch wird in diesem Schreiben der
Anschein erweckt, dass dieser Entscheidung mit Hinweis auf die Lage als Nothaus-
haltsgemeinde nur bedingt gefolgt werden könne.

Vor allem weist sie – unter Hinweis auf vormalige Schreiben – nochmals darauf hin,
dass die „Neue Bahnstadt Opladen“ aus Sicht der Bezirksregierung ein wichtigeres
Projekt ist und lässt „zwischen den Zeilen“ Befürchtungen erkennen, die Stadt Le-
verkusen wisse dies nicht zu schätzen.

2. Die teilweise Finanzierung des beabsichtigten Baues durch den Einsatz von Erlösen aus dem Aktienvermögen des SPL wird von der Bezirksregierung gutiert. Sie teilt aber ebenfalls mit, dass in einem früheren Schreiben auch die Finanzierung über Fremdkapital akzeptiert worden sei.

Im zeitlich unmittelbar darauf erfolgten Schriftverkehr zwischen dem Fachbereich Finanzen und SPL sowie der Bezirksregierung geht es nur noch um die Frage der Teilfinanzierung durch den Verkauf von Aktien.

Der SPL stellt fest, dass sich durch den Einsatz von Eigenkapital die vormals berechnete Überschusszahlung von 250.000 Euro nunmehr auf über 413.000 Euro erhöht.

Das freute den Fachbereich Finanzen wie die Bezirksregierung.

II. Auskömmliche Finanzierung des Kombibades

Die Finanzierung des Kombibades sollte durch den Einsatz folgender Erlöse/Eigenmittel gesichert werden:

- Verkauf des Grundstückes Hallenbad Herzogstraße
- Verkauf des Grundstückes ehem. Hallenbad Rheindorf
- Erlös aus dem Verkauf von Aktien
- Verkauf des Grundstückes an der Bismarckstraße
- Verkauf weiterer, in den Vorlagen und Entwürfen nicht weiter spezifizierten Grundstücke (in der Folge wurde unter diesem Punkt die Veräußerung des Freibades Auermühle genannt)

Zwischenzeitlich wurde in unterschiedlichen Gremien (SPL, Finanzausschuss) darüber berichtet, dass aufgrund nicht vollständig erzielter Erlöserwartungen derzeit ein Finanzierungsdefizit von rund 600.000 Euro besteht.

III. Fazit

Die von der Bezirksregierung in der Vergangenheit mehrfach geäußerte Kritik, die Stadt Leverkusen ließe eine Prioritätensetzung von Investitionen missen, wurde auch im Schreiben der BR vom 02.10.2008 wiederholt.

Auch sind mit den Formulierungen zur ‚Neuen Bahnstadt Opladen‘ Hinweise „zwischen den Zeilen“ beinhaltet, die Stadt Leverkusen wäre sich der Bedeutung dieses Projektes nicht bewusst bzw. gehe vielleicht davon aus, dass dieses Projekt „in trockenen Tüchern“ sei und daher können weitere „nice to have“ Projekte bei der Bezirksregierung angemeldet werden – anders lässt sich die Formulierung des Regierungspräsidenten meines Erachtens nicht interpretieren.

Seitens der Stadtverwaltung wurde gegenüber der Bezirksregierung offensichtlich nur und ausschließlich im Hinblick auf den Verkauf der Aktien Stellung bezogen. Schriftverkehr bzw. Erläuterungen zu den Kritikpunkten der Bezirksregierung im Hinblick auf fehlende Priorisierung, Erkennen der Nothaushaltslage, Bedeutung der nbs:o für die Stadt usw. lagen in den Akten nicht vor und sind nach Auskunft der Akteugeber auch nicht erfolgt.